



Foto: iStock/borchee



Blick Richtung Osterode im Harz: Großflächig abgestorbener und beräumter Wald

# Das Schwinden der Wälder

## Wie die Politik bei der Novellierung des Bundeswaldgesetzes den kritischen Zustand der Wälder ignorieren will

*ROBIN WOOD jubelte, als im Koalitionsvertrag der Ampelregierung 2022 bekanntgegeben wurde, dass das Bundeswaldgesetz von 1975 endlich novelliert werden soll! Doch heute ist klar: Wird die Novelle so umgesetzt wie sie jetzt formuliert ist, wird das Gesetz kaum dazu beitragen, die dramatischen Lage des Waldes zu verbessern.*

Die eklatantesten Fehlentwicklungen im Wald, wie etwa gigantische Kahlflächen durch die Räumungen abgestorbener Bäume, werden uns, wenn der Gesetzentwurf so umgesetzt werden sollte, in Zukunft weiter begleiten. Es fehlen grundlegende ökologische Mindeststandards.

Der ökonomische Grundsatz, den Wald vornehmlich als Holzrohstofflieferanten zu begreifen, bleibt oberste Maxime für die Waldbewirtschaftung. Der Wald wird weiter dahinsiechen – auf Kosten des Klimas, der Artenvielfalt und der Menschen.

### Der Zustand der Wälder

Dem Wald in Deutschland geht es schlecht. Seit den Dürrejahren ab 2018 sind Hunderttausende Hektar Wald abgestorben. Die Bundesländer und die Verbände der Waldbesitzenden sprechen inzwischen von rund 600.000 Hektar.

Der jährliche Waldzustandsbericht der Bundesregierung zeigt die kontinuierliche Zunahme an Waldschäden seit 1984. Er gibt die sogenannte Kronenverlichtung an, also wie viel Prozent der Baumkrone so geschädigt und entlaubt sind, dass – bei einem Blick von unten – statt eines Blätterdachs der Himmel zu sehen ist. Nur noch 21 Prozent der Bäume weisen Schäden von weniger als zehn Prozent auf. 44 Prozent der Bäume haben einen Verlichtungsgrad zwischen elf und 25 Prozent. Ganze 35 Prozent aller untersuchten Bäume weisen eine Verlichtung von 61 bis 100 Prozent auf. So viel Himmel

war seit Beginn der Untersuchung vor 39 Jahren noch nie durch die kranken Baumkronen hindurch zu sehen. Es sind also nicht nur die abgestorbenen Flächen, die uns Sorgen bereiten. Unser Wald schwindet merklich auf ganzer Fläche.

Dass mittlerweile der Wald seine wichtige Funktion als größter terrestrischer Speicher von Treibhausgasemissionen verloren hat, zeigen die Ergebnisse der jährlichen Untersuchung zur "Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft", kurz LULUCF. Konnten 2019 in Deutschland 6,3 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen wieder gebunden werden, ist Deutschland bereits 2020 und 2021 zu einer Quelle von jährlich rund vier Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen geworden. Für diesen Einbruch der Speicherkapazität sind Moorbrände, aber vor allem die Verluste an lebender und toter Biomasse in den Wäldern und ihren Böden verantwortlich.

 Was im Entwurf geplant ist:	 Das fordert ROBIN WOOD:
<p>Kahlschläge und großflächige Räumungen sind im aktuellen Entwurf verboten. Doch es sind so viele Ausnahmen vorgesehen, dass das Verbot im Grunde unwirksam ist.</p>	<p>ROBIN WOOD fordert grundsätzlich ein Unterlassen von Kahlschlägen und großflächigen Räumungen bei Kalamitäten und Schäden durch Sturm, Regen, Dürre. Ausnahmen müssen klar definiert und scharf begrenzt sein, zum Beispiel über ausführliche Managementpläne zur Einhaltung der Natura 2000-Richtlinie. Geht die momentane Praxis der großflächigen Räumungen ungebremst weiter, wird der Waldboden erodiert und degradiert. Die Emissionen aus dem Boden und der Waldbiomasse werden zunehmen, die Speicherfunktion des Waldes wird abnehmen. Die lokalen Temperaturen werden steigen und Lebensräume weiter schwinden. Die Grundlage für das Wachsen einer zukünftigen Waldgeneration unter den alten Bäumen geht verloren.</p>
<p>Im Maßnahmenkatalog fehlen konkrete Vorgaben für eine naturnahe und nachhaltige Waldwirtschaft. Zwar ist der Begriff Nachhaltigkeit im Gegensatz zum alten Gesetz nun definiert, die formulierten Maßnahmen spiegeln aber dieses Nachhaltigkeitsverständnis nicht wider. Im ersten Entwurf war der zukunftsweisendere Begriff „Naturnähe“ zwanzigmal enthalten, in der aktuellen Version ist er bis auf einmal gestrichen.</p>	<p>ROBIN Wood fordert naturnahe Wirtschaftspraktiken bei Erstpflanzungen sowie zum Erhalt und zur Verbesserung naturnaher Waldökosysteme.</p>
<p>Der Vorentwurf der Gesetzesnovelle fiel mit der schwammigen Formulierung „weit überwiegend heimischen Baumarten“ bereits hinter die Forderungen von ROBIN WOOD zurück. Im aktuellen Entwurf ist nun nur noch von „standortgerechten, überwiegend heimischen Baumarten“ die Rede. Diese Vorgabe wäre numerisch schon erfüllt, wenn 51 Prozent der Baumarten heimisch wären. In einem Bestand wären also bis zu 49 Prozent nichtheimische Bäume zulässig – eine Katastrophe für das hiesige Ökosystem und seine fragilen Artenzusammensetzungen. Nichtheimische Bäume können zwar standortgerecht sein, aber Standortgerechtigkeit ist ein relativ undefinierter Begriff, der zu Diskussionen und Konflikten führen kann, ob nichtheimische Arten, wie die Douglasie oder die Küstentanne, inzwischen lokal standortgerecht sein können.</p>	<p>ROBIN WOOD fordert den grundsätzlichen Vorrang der Naturverjüngung, also einer Verjüngung des Waldes durch natürliche Samenausbreitung zum Beispiel durch Wind, Wildtiere und Insekten, bei der Erst- und Wiederbewaldung, beim Waldumbau und beim Walderhalt. Nachrangig dürfen einheimische Baumarten gepflanzt werden.</p> <p>Standortgerechte Baumarten, die jedoch nicht heimisch sind, dürfen nur in geringem Maße bis zu 20 Prozent eingebracht werden.</p>
<p>Der Vorentwurf schrieb fest, dass in Bundes- und Landeswäldern auf zehn Prozent der Wälder keine menschlichen Eingriffe stattfinden, so dass eine natürliche Waldentwicklung erfolgen kann (Prozessschutz). Jetzt gilt dieses Ziel nur noch für die Bundesforsten. Die machen allerdings nur vier Prozent der nationalen Waldfläche aus. Bundes- und Landeswald hätten zusammen immerhin einen Anteil von 33 Prozent ergeben.</p>	<p>ROBIN WOOD fordert eine Ausweitung der Waldflächen unter Prozessschutz auf mindestens 15 Prozent. Seit Jahrzehnten erreicht die Bundesregierung ihr eigenes Ziel nicht, fünf Prozent aller Wälder in Deutschland als Naturwaldentwicklungsflächen zu definieren. Der Anteil liegt momentan gerade mal bei 2,6 Prozent. Um die Privatwaldbesitzenden in diesem Punkt zu entlasten, hatte der Staat den Anspruch, den Anteil der Waldentwicklungsfläche auf seinen eigenen Flächen auf zehn Prozent anzuheben. Setzt der Bund den zehnprozentigen Anteil von Naturwaldflächen zukünftig nur noch in seinen Bundesforsten um, unterläuft er auf einem Großteil der staatlichen Waldflächen selbst die Vorgaben der EU-Biodiversitätsstrategie, nach der zehn Prozent terrestrischer Flächen bis 2030 unter strengen Schutz gestellt werden sollen.</p>

Das Bundeswaldgesetz regelt das Walten und Wirtschaften im gesamten deutschen Wald – den Bundesforsten, den Landesforsten, den Kommunalwäldern und den Wäldern in Privatbesitz. Das Gesetz von 1975 ist heute nach fast 50 Jahren absolut nicht mehr zeitgemäß. Unsere Wälder sind neben den Mooren unsere wichtigsten ökosystemaren Schätze und unsere stärksten Partner in Zeiten des Klimawandels und des Artensterbens. Sie speichern CO<sub>2</sub> und kühlen die Landschaft. Sie sind unersetzliche terrestrische Lebensorte und filtern unser Grundwasser, reinigen die Luft, sind ein Ort der Erholung, schützen vor Lawinen und Fluten und vieles mehr.

Aber bisher finden sich im Bundeswaldgesetz keine adäquaten Maßnahmen für Klimaschutz, Naturschutz und Bodenschutz. Der Schutz der Ökosystemfunktionen ist der Nutzung des Rohstoffes Holz bislang klar untergeordnet. Deshalb braucht das Gesetz schon längst eine komplette Neuorientierung.

### Entwurf des neuen Bundeswaldgesetzes: Todesstoß für den Wald

Im November 2022 legte das Bundeslandwirtschaftsministerium einen ersten Entwurf für die Neufassung des Bundeswaldgesetzes vor, der allerdings zunächst nicht öffentlich war. Er wurde inzwischen auf [www.forstpraxis.de](http://www.forstpraxis.de), einer gemeinsamen Internet-Plattform verschiedener forstlicher Zeitschriften, veröffentlicht. Nach Diskussionen innerhalb der Bundesregierung und wahrscheinlich insbesondere auf Druck der FDP wurde dieser Entwurf gründlich überarbeitet. Einzelne Punkte dieses Prozesses gelangten in die Presse (Tagesspiegel Background). Unsere Analyse und Kritik erfolgt entlang einiger dieser Punkte.

Klar ist nun: Die Novellierung des Bundeswaldgesetzes zielt nicht auf flächenwirksame Veränderungen ab. Im schlimmsten Fall duldet das neue Waldgesetz die Dominanz von nicht-heimischen Baumarten auf fast der Hälfte der bundesweiten Waldfläche und lässt weiterhin im gesamten Wald



Foto: Ute Bertrand

ROBIN WOOD fordert: Abgestorbener Wald wie hier im Nationalpark Harz, muss auf der Fläche stehenbleiben

gigantische Kahlflächen zu. Ein Schelm wer denkt, hier könnte bewusst ein Hintertürchen für die Anpflanzung der nächsten Brotbaumart geöffnet bleiben.

Bei einem Blick auf den dramatisch schlechten Zustand der Wälder bleibt die Frage, ob wir es auf Seiten der Politik und der Wirtschaft mit einer ernstzunehmenden strukturellen Demenz zu tun haben. Es ist kaum zu glauben, dass immer noch stoisch vorrangig nach ökonomischem Gewinn gestrebt wird, statt unseren Wald, Klima und Artenvielfalt gemeinsam zu retten.

### Politik knickt vor der Wald-Lobby ein – auf Kosten des Waldes

Mit den beiden grün besetzten Bundesministerien für Landwirtschaft und Umwelt, herrschen in dieser Legislaturperiode die besten Bedingungen für eine umfassende Neuorientierung der Waldwirtschaft. Doch wie auch schon in der Verkehrs- und Energiepolitik zeigt sich, dass grüne Minister\*innen zwar progressive Ideen voranbringen können, aber eine Ampel immer noch drei Farben hat. Vor allem die FDP tritt im Kanon mit den wirtschaftlichen Lobbyvertreter\*innen gerne auf die Bremse, wenn es um den Klima- und Artenschutz geht.

Der Vorsitzende des Verbandes „Familienbetriebe Land & Forst“ wertet den Entwurf des neuen Waldgesetzes als einen Affront gegen die Waldbesit-

zenden, den man in aller Deutlichkeit ablehne. Man sehe darin einen „unlauteren Eingriff ins Eigentum und in die souveräne Bewirtschaftung“. Auch die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände (AGDW) lehnt den Entwurf strikt ab und ruft nach Freiheit und Vielfalt in der Bewirtschaftung. Das bisher geltende Gesetz sei auch für die kommenden Jahre eine gute und bewährte Grundlage für die Waldbewirtschaftung. Selbst der aus Naturschutzsicht schlechtere zweite Entwurf dürfe nicht umgesetzt werden. Kurz gesagt, es soll alles beim Alten bleiben.

Was das für den Wald bedeutet, konnten wir in den letzten Jahrzehnten beobachten: Wälder, die zumeist als Plantagen angelegt sind, mit Baumarten geringer Widerstandskraft und mit trockengelegten und verdichteten Böden. Diese Wälder, die zu intensiv und häufig durchforstet wurden, brechen nun unter den sich immer weiter zuspitzenden klimatischen Bedingungen zusammen.

Doch der Wald ist seit jeher mehr als jedes andere Grundeigentum gleichzeitig öffentliches und privates Gut. Viele der Ökosystemfunktionen entfalten gar globale Wirkung. Die daraus resultierende Verantwortung verschärft sich überdies durch die Artenkrise und die Klimakrise. Das Argument, der neue Gesetzentwurf sei ein unlauterer Eingriff ins Eigentum, offenbart, wie ungeeignet diese Wald-Lobbyisten sind, den



*Wir brauchen dringend eine umfassende Neuorientierung der Waldwirtschaft, um unsere Wälder zu retten: für den Schutz des Klimas, der Artenvielfalt und der Menschen*

#### ROBIN WOOD fordert ...

- ... eine bodenschonende Bewirtschaftung der Wälder, bei der nicht mehr als zehn Prozent der Waldfläche befahren wird, auch nicht mit Kleinraupen.
- ... den Erhalt und die Verbesserung des Wasserrückhaltes in den Wäldern durch den Rückbau von Drainagen und Entwässerungsgräben.
- ... eine Entnahme des Rohstoffes Holz nur unter Einhaltung der ökosystemaren Grenzen und unter Gewährleistung großzügiger ökologischer Puffer.
- ... die fortlaufende Anreicherung von Totholz in allen Stärken und Altersklassen sowie mindestens zwanzig Biotopbäume pro Hektar.
- ... den Erhalt und die Zunahme von Natur- und Wirtschaftswäldern, die über 150 Jahre alt sind.
- ... die Gewährleistung der Nutzung des Waldes als Erlebnis- und Erholungsraum im naturschutzrechtlichen Rahmen. Das Betretungsrecht ist nur in besonders geschützten Zonen einzuschränken.
- ... die Gewährleistung und Förderung des Waldes als Bildungsort, sowohl im Sinne von Fortbildungen zur naturnahen Forstwirtschaft für Forstangestellten als auch als Lehrraum für nachhaltige Entwicklung und Natur- und Waldpädagogik.
- ... ein Monitoring aller ökologisch relevanten Kategorien wie zum Beispiel Artenvorkommen, Wasserhaushalt, Strukturvielfalt, Bodenqualität und Treibhausgaspeicherung.
- ... ein Monitoring über die Abfuhr von Holz aus dem Wald bis zum Endprodukt, also über die gesamte Lieferkette, zur Nachvollziehbarkeit einer kaskadischen Nutzung.
- ... den Vorrang der Altholznutzung vor der Frischholznutzung in der Zellstoff- und Papierproduktion.
- ... Forschungsanstrengungen für verbesserte Recyclingverfahren von Holz und Zellstoff.
- ... den Vorrang von Erhalt und Recycling vor Neubau in der Baubranche.
- ... eine Personalstruktur in allen Sektoren, die den Anforderungen dieser Praktiken gewachsen ist.

für unser Überleben unentbehrlichen Wald zu verwalten. Blicke alles beim Alten, blieben schwere, aus der Forstpraxis resultierende Schäden im Wald weiterhin legal. Und das kann nicht im Sinne der Waldbesitzenden sein, die ebenso wie alle anderen Menschen, auf die Ökosystemfunktionen des Waldes angewiesen sind.

Doch nicht alle Waldbesitzenden ticken so naturfern. Viele haben ihre Verantwortung erkannt und wirtschaften naturnah. Sie sichern den Wald für die Zukunft. Um es mit den Worten von Pierre Ibisch, Professor für Nature Conservation, zu sagen: „Die Forstwirte der Zukunft werden nicht alleine Holzwirte sein, sondern auch Wasser-, Klima-, und Landschaftswirte.“ Wer diese Herausforderung annimmt, scheut auch keine Novelle des Bundeswaldgesetzes. Wer diese Rollen erfüllt und den Wald ertüchtigt, uns sein breites Portfolio an Ökosystemfunktionen zur Verfügung zu stellen, kann künftig von einer verbesserten Förderlandschaft profitieren, die das Bundeswaldgesetz flankieren soll. ROBIN WOOD fordert von der Bundesregierung und ihren Minister\*innen Cem Özdemir und Steffi Lemke eine klare Kante gegen Eigentumsdünkel einiger Waldbesitzendenverbände und eine klare Ausrichtung am Gemeinwohl. Wir brauchen eine Regulierung naturferner Forstwirtschaftspraktiken im Staats- wie im Privatwald!

ROBIN WOOD fordert eine Waldnaturschutzpolitik, die die ökosystemare Belastbarkeit der Wälder in Zeiten der Klimakrise und des Artensterbens mit großem Puffer veranschlagt, wenn sie über das Wirtschaften im Wald der nächsten Jahrzehnte entscheidet! An einem fragilen Punkt wie diesem, bei dem es letztendlich um unser aller Überleben geht, darf diese Verantwortung nicht starken wirtschaftlichen Interessenvertretungen überlassen werden. Die Bundesregierung muss ihrer Verantwortung für den Erhalt und die Wiederherstellung der Wälder gerecht werden! Wehe dem Schwinden der Wälder!

*Jana Ballenthien, ROBIN WOOD-Waldreferentin  
wald@robinwood.de*

# Waldfrevel in Espelkamp

*ROBIN WOOD erreichen sehr viele Meldungen von Menschen, die sich gegen das Abholzen von Wald engagieren. Wie möchten im Magazin diese Initiativen öffentlich machen, um sie zu stärken und eine Vernetzung zu unterstützen. In dieser Ausgabe berichten wir über die geplante Waldvernichtung im Gabelhorster Wald in Espelkamp.*

Der Kreis Minden-Lübbecke ist mit einem Waldflächenanteil von nur 11 Prozent eine der waldärmsten Regionen Deutschlands ist (Durchschnitt in Deutschland 30 Prozent) und hat durch falsche forstliche Bewirtschaftung (Fichtenmonokulturen) und Klimawandel gerade große Flächen von davon total verloren, Wiederaufforstungen sind stellenweise schon wieder vertrocknet. Dennoch hat der Kreis vor, zwei vorhandene kreisangehörige Kliniken in bester Lage (davon die eine vor wenigen Jahren komplett saniert wurde und die andere noch nicht einmal 40 Jahre alt ist) zu schließen bzw. abzubauen. Für den Neubau wurde ausgerechnet einen 10 Hektar großer, ökologisch wertvoller, in Teilen über 200 Jahre alter, kraut- und strukturreicher Mischwald mit zahlreichen Biotoptypen und streng geschützten Pflanzen und Tieren im Süden Espelkamps mit teilweise ebenso alten Eichen und Buchen sowie über hundertjährigen Kiefern ausgesucht.

Obwohl Anfang des Jahrtausends durch engagierte Bürger und Politiker eine Bebauung des Grundstücks trotz bestehenden B-Planes im nördlichen Teil aufgrund des hohen klimatischen und ökologischen Wertes für die Innenstadt Espelkamps schon einmal verhindert werden konnte, stellt der Kreis die neuerliche Grundstücksfrage als unverhandelbar dar, obwohl die Laufzeit der Klinik mit nur 30 bis 50 Jahren projektiert ist. Bemühungen von Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat eine Unterschutzstellung durchzusetzen, sind leider gescheitert.

Der geplante dreifache Ausgleich der Fläche ist jedoch der blanke Hohn. Dieser artenreiche, wunderbar altersgestufte alte Wald mit reicher Naturverjüngung kann nicht im „Heute“ ersetzt werden.

Er braucht wieder mindestens 200 Jahre, um sich neu zu organisieren, die klimatischen und ökologischen Funktionen des gerodeten Waldes zu übernehmen und den hier lebenden Tieren, Pflanzen und Pilzen Heimat geben zu können. Weder die Tiere noch wir können aber so lange warten!

Dieser Wald zwischen den Straßen Gabelhorst, Koloniestraße und B239 ist nämlich genau deshalb so wertvoll, weil er aufgrund seiner gewachsenen Vielfalt (allein 30 Gehölzarten) und Humusschicht sehr klimaresilient ist (obwohl er ohne Grundwasseranschluss auf Dünenstand steht) und als Element der Biotopverbindung unersetzbar ist.

Alte Bäume mit zahlreichen Höhlen, die Schwarz- und Buntspecht dort gezimmert haben bieten Fledermäusen, einer großen Starenkolonie, Siebenschläfern, Baumläufern, Kleibern und

Haubenmeisen Schutz und natürliche Nistgelegenheiten. Eine weitgehend unzerstörte, walddtypische Krautschicht mit Heidelbeeren, Schattenblümchen, Sumpfstendelwurz, Vielblütigem Weißwurz, Farnen, zahlreichen Moosarten und einer schier unermesslichen Fülle an Symbiosepilzen für die Bäume oder eben auch Pilzen, die das reichlich vorhandene stehende und liegende Totholz und Laub zersetzen, sind Lebensgrundlage für zahlreiche weitere Vögel (wie auch den Kernbeißer), Kleinsäuger, Lurche (z. B. den hier seltenen Springfrosch), Insekten (auch die Rote Waldameise) und bodenbildenden Kleinst- und Mikroorganismen. Sie setzen den Wald in der Lage, große Mengen Wasser und Nährstoffe für das eigene Überleben bzw. das Überleben der Arten zu speichern.

Wir als „Aktionsgruppe Gabelhorster Wald“ setzen uns mit Aufklärung und politischer Arbeit für den Erhalt dieses vielfältigen Kleinods ein, das scheinbar trotz Klimanotstand und Artensterben keine Lobby hat.

Susanne Bartens-Korn  
Kontakt: [gabelhorsterwald@web.de](mailto:gabelhorsterwald@web.de)

*Ein 200 Jahre alter ökologisch wertvoller Mischwald in Espelkamp soll einem Neubau weichen: Die Aktionsgruppe Gabelhorster Waldmacht sich dagegen stark*

